

Vom Tankparadies zur grünen Energieoase?

Nachhaltige Energiepolitik in der Großregion

Eine Veranstaltung der Green European Foundation mit Unterstützung der Gréng Stéftung Lëtzebuerg, gefördert mit Geldern des EU Parlaments

Luxemburg, den 20. Oktober 2010

Die Teilnehmer am Rundtischgespräch:

Tom Eischen, Wirtschafts- und Außenhandelsministerium, Luxemburg

Dr. Dieter Ewringmann, Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität Köln

Nicola Saccà, Saarländisches Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr / Referat Klimaschutz, Energiepolitik, Erneuerbare Energien

Martina Holbach, Greenpeace Luxemburg

Claude Turmes, Europaabgeordneter

1. Visionen von der großregionale Energielandschaft im Jahr 2030

Wie die Energieversorgung sich in Europa allgemein entwickeln wird, kann **Martina Holbach** sich vorstellen: „In einem neuen Bericht kommt Greenpeace International zu dem Schluss, dass es machbar ist, bis dahin 90 Prozent unseres Bedarfs mit erneuerbaren Energien zu decken.“ Das könnte bedeuten, dass **die Erneuerbaren bis 2030 bereits den gesamten Energiebedarf der Privathaushalte und der Industrie decken**. Im Transportsektor werde der Fortschritt womöglich langsamer ausfallen. Grundvoraussetzungen für diese Entwicklung seien die Steigerung der Energieeffizienz, eine Dezentralisierung der Energieproduktion und eine verstärkte Integration der erneuerbaren Energien durch intelligente Stromnetze. Was Luxemburg und der Großregion passieren wird, kann Martina Holbach weniger beurteilen: „Eine genaue Prognose grenzt an Kaffeesatzleserei, weil hier kaum über sinnvolle Zukunftsszenarien diskutiert wurde. **Vor allem die Entwicklungen im Bereich des Treibstoffexports und der Industrie sind heute schwer absehbar.**“

Claude Turmes verweist auf die Prognosen, des Energiekommissars Günter Oettinger, „der ja nicht besonders grün ist“. Oettinger rechne damit, dass bis **2030 in der EU mindestens 30 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen kommt, möglich seien aber bis zu 65 Prozent grüner Strom**. Daraus folgert der Europaabgeordnete, dass die Kohle- und Atomkraftwerke bis dahin abgeschaltet werden können. Gas hingegen, sei als Ersatzenergiequelle, „falls beispielsweise der Wind Mal länger nicht weht“, immer noch unentbehrlich. Für die Großregion gehe Turmes davon aus, dass es **weniger Autos pro Kopf geben wird und die meisten Fahrzeuge mit Strom, und nicht mit Benzin oder Diesel, fahren**. „Auch die meisten Gebäude werden 2030 nicht mehr mit fossiler Energie beheizt. Beschleunigt wird diese Entwicklung, wenn sich in Luxemburg die Grünen nach den nächsten Wahlen an der Regierung beteiligen und Ölheizungen grundsätzlich verbietet.“

Diesen Enthusiasmus teilt **Dieter Ewringmann** nicht. Seiner Meinung nach **überfordern uns die vorhandenen technischen Möglichkeiten gesellschafts- und sozialpolitisch**, weshalb die Geschwindigkeit der Anpassung geringer sein werde als die meisten Studien heute voraussagen. Seine Prognose lautet, dass sich wahrscheinlich auf absehbare Zeit wenig in den Grundstrukturen ändert und **„wenn wir die 30 Prozent Erneuerbaren in Europa 2030**

überhaupt erreichen, bin ich damit schon sehr zufrieden“. Für Luxemburg kann er sich jedoch vorstellen, dass die Energienachfrage um ein Drittel schrumpft, weil der **Treibstoffexport beendet** wird. „Ich glaube, dass wir relativ lange an der Energiewende stricken werden, besonders auch weil die **Energieeffizienz in der Großregion bisher so minimal gewachsen** ist als dass man hier in Zukunft mit großen Sprüngen rechnen könnte“.

Tom Eischen unterscheidet zwischen Wunsch und realistischer Prognose: „Wenn man ‚Vision‘ als Wunsch definieren würde, dann möchte ich unterstreichen, dass wir uns natürlich wünschen, dass es bis 2030 zu einer massiven Verbesserung der Energieeffizienz und zu einem Ausbau der erneuerbaren Energien kommt.“ Aber ein Blick auf die Zahlen suggeriere, dass die Realität ganz anders aussieht: **Luxemburgs Energieversorgung ist im Moment zu 99 Prozent importabhängig**. „Diese Abhängigkeit kann auch durch die Großregion nicht gelöst werden, auch hier wird bis 2030 nicht genug für Energie für den Eigenbedarf produziert.“ **Der Anteil der erneuerbaren Energien könne bis 2020 je nach Verbrauchsstruktur bei 4 oder 8 Prozent liegen**. Das klinge nach wenig, sei aber eine enorme Herausforderung: Die niedrigere Zielmarke würde bedeuten, dass die Kapazität aus Erneuerbaren Energien zwölf Mal höher wäre als heute. Das hieße, dass fünf Mal mehr Strom aus diesen Energiequellen käme und 110 Mal mehr Biotreibstoff verwendet würde. „Wenn aber wesentlich mehr Windräder gebaut werden, sehen wir uns mit dem ‚**Stuttgart 21-Phänomen**‘ konfrontiert, weil die Bürger große Infrastrukturprojekte selten mögen. Das ist ein **Kommunikationsproblem** und es stellt eine der größten Herausforderungen für die Energiewende dar.“

Unter den organisatorischen, rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen kann **Nicola Saccà** sich für 2030 folgende Situation vorstellen: „Die fossilen Energieträger werden zu teuer sein, was den Druck enorm erhöht, auf erneuerbare Energien umzusteigen.“ Ganz wichtig wäre, Cattenom bis dahin abzuschalten, **weil billiger Atomstrom dazu führe, dass weniger Investitionen in die Erneuerbaren Energien und in Gaskraftwerke für die Spitzenzeiten getätigt werden**. „Ich rechne damit, dass bis 2030 die Hälfte des Strombedarfs in der Großregion aus erneuerbaren Energien kommt. Wegen der großen, energieintensiven Industrien liegen wir damit wahrscheinlich etwas unter beispielsweise dem bundesdeutschen Schnitt.“ Ein deutlicher Fortschritt bei der Energieeffizienz sei notwendig, vor allem bei der Gebäudesanierung. Initiativen, wie das Effizienznetzwerk von 13 saarländischen Industrieunternehmen, zeigten beispielhaft, dass **Effizienzpotentiale zu heutigen Bedingungen ohne wirtschaftliche Einbußen ausgeschöpft werden könnten**. Obwohl auch bei der Altbausanierung schnelle Fortschritte gemacht werden sollen, müsse man darauf achten, **die Bürger nicht mit dem ordnungspolitischen Hammer zu verprellen**: „In unserem neuen Energie-Wärme-Gesetz versuchen wir das Problem so anzugehen, dass veraltete Heizungen durch energieeffizientere Maßnahmen ersetzt werden müssen, die Inhaber aber frei zwischen verschiedenen technischen Möglichkeiten wählen können. Und natürlich gibt es eine **Härtefallregelung**, um diese Vorgabe sozial abzufedern.“

2. Überlebt das „Luxemburg Modell“ die Energiewende?

Dieter Ewringmann hält für eine Besonderheit des Luxemburger Modells, dass das gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale System nur mit sehr hohen Wachstumsraten stabil ist. „Nachhaltig ist das nicht, schon gar nicht, wenn aktuelle Prognosen zeigen, dass es **Luxemburg auf absehbare Zeit nicht gelingen wird, die enorme Zunahme der Energienachfrage vom Wirtschaftswachstum abzukoppeln**, und der Anteil der Erneuerbaren am Energiemix kaum ansteigt.“ Ein wichtiger Grund für die mangelnde

Bereitschaft sogar minimale Schritte in Richtung wirklicher Nachhaltigkeit zu wagen, sei der **fehlende politische und gesellschaftliche Wille, vom Tanktourismus abzulassen.**

Martina Holbach wendet ein, dass in Luxemburg mittlerweile das Bewusstsein eingetreten sei, dass es sich beim Tanktourismus eher um ein finanzpolitisches Problem handele, das aus klimapolitischen Gründen auf jeden Fall unhaltbar sei. Leider sei eine ernsthafte Debatte über die Energiezukunft dennoch ausgeblieben: „Die Frage nach der **Energieversorgungssicherheit bei ansteigenden Preisen wird innerhalb der Ministerien gestellt, aber nicht öffentlich diskutiert.**“

Claude Turmes hält es für selbstverständlich, dass Luxemburg diese Grundsatzfrage stellen müsse. „Wir brauchen ein **„Soft-Landing-Programm“**, um von dem aktuellen Modell weg zu kommen und einen nachhaltigen Weg einzuschlagen.“ Dafür müsse es jedoch eine offene gesamtgesellschaftliche Debatte über die Abhängigkeit vom ständigen Wirtschaftswachstum geben. Einer Auseinandersetzung mit langfristigen Zielen widersetze man sich bisher, „frei nach dem Motto ‚Wir wollen bleiben, wo wir sind‘“. Auch **der Regierung fehlten zum Nachdenken über langfristig haltbare Strategien – besonders auch im Umgang mit der Klimawandelproblematik – scheinbar die intellektuellen Fähigkeiten.** „Ohne Vision kann auch keine Dynamik in der Gesellschaft ausgelöst werden.“

Die Diskussion darüber, wie schnell Luxemburgs Wirtschaft wachsen soll und ob es sich dabei um nachhaltiges Wachstum handelt, hält **Tom Eischen** für kompliziert. Aber zumindest für den energiewirtschaftlichen Teil könne er eine konkrete Aussage machen: „**Wächst die Wirtschaft, dann wachsen auch Bevölkerung und Energienachfrage.**“ Deshalb müsste vor allem die Energieeffizienz gefördert werden. Die Regierung habe viele Projekte angestoßen, beispielsweise zur Gebäudesanierung: „Hier haben wir gute Förderprogramme und Beratungsstrukturen. Aber was müssen wir tun, damit die Bürger diese Politik wirklich annehmen? **Große staatliche Finanzhilfen sind unbezahlbar, strenge Verpflichtungen sind unbeliebt.** Das bedeutet, diese Maßnahme kann nur langsam greifen. Was energiepolitisch sofort wünschenswert wäre, müssen wir mit Rücksicht auf die Bürger und Unternehmen schrittweise einführen.“ Die Regierung sei darum bemüht, dass die Kosten sinken und die Kompetenzen steigen, um die Akzeptanz für die Maßnahmen zu erhöhen. Es gelte zu verhindern, dass eine negative Grundstimmung entsteht, weil sie Maßnahmen überstürzt eingeführt werden: „**Eine Energiewende ist ein langwieriger Prozess, wenn er stabil sein und von der Gesellschaft getragen werden soll.**“

Martina Holbach ist mit dieser Strategie nicht ganz einverstanden: „Ich denke, **die Politik braucht Mut**, den Bürgern deutlich zu machen, dass wir eine Energiewende freiwillig einführen können, mit allen ihren positiven Nebeneffekten. Sonst müssen wir uns darauf einstellen, dass **die Energiekosten schnell ansteigen und unser ganzes Wirtschaftssystem vor riesige Herausforderungen stellen.**“

Die Ambitionslosigkeit der Luxemburger Wirtschafts-, Energie- und Klimapolitik kann **Claude Turmes** nicht nachvollziehen: „Luxemburg hat heute wahrscheinlich die niedrigsten Strompreise im Verhältnis zum Einkommensniveau. Und trotz diesem vorteilhaften Ausgangspunkt spricht der Wirtschaftsminister davon, dass eine Umstellung auf Erneuerbare zu teuer wäre. Dabei wäre das gar kein Problem, wenn man den Bürgern erklärte, welche Vorteile damit langfristig verbunden sind.“ Er sieht einen möglichen Grund in der Lobbymacht Arcelor Mittal. „**Ich befürchte, dass die luxemburgische Regierung in Brüssel hinter den Kulissen zusammen mit Arcelor Mittal gegen eine Erhöhung des Treibhausgasreduktionsziels auf 30 Prozent mobilisieren.** Arcelor Mittal ist auch gegen mehr Engagement für erneuerbare Energiequellen und droht damit, seinen Standort in der

Großregion zu schließen, wenn das Unternehmen nicht den billigen Atomstrom aus Cattenom kaufen kann. **Hermann Scheer** hatte mit seiner Analyse vollkommen recht: Konzerne, die sich mit Umweltverschmutzung eine goldene Nase verdienen, benutzen dieses Geld, um die Medien und die Politik zu beeinflussen.“ In **Luxemburg werde dieses Problem ignoriert, und auch hier bremse die Industrielobby die Energiewende.**

3. Gelingt die Energiewende durch mehr Kooperation in der Großregion?

Mehr **Verantwortung für energiepolitische Entscheidungen auf kommunaler Ebene** wäre in Martina Holbachs Augen eine mögliche Lösung: „Überall in Europa, besonders in Deutschland, beschließen Gemeinden, bis 2020 oder 2030 **energieautark** sein zu wollen. Da, wo die Bürger näher am Geschehen sind, scheint sich also schneller etwas zu bewegen. **In Luxemburg fehlt den Gemeinden der Spielraum**, auch für mögliche Kooperationen mit anderen Gemeinden in der Großregion.“

Nicola Saccà sieht konkrete Kooperationsmöglichkeiten vor allem auf der Ebene von **Einzelprojekten**. „**Im Bereich Biogas gab es bereits einen Austausch mit Luxemburg**, von dessen Erfahrungen das Saarland auch in Zukunft profitieren kann. Auch beim Bau von Biogasanlagen ist Zusammenarbeit weiterhin wünschenswert.“ Ein weiterer wichtiger Sektor sei der Netzausbau. Zur verstärkten Nutzung dezentraler erneuerbarer Energien gehöre auch, dass man einen Ausgleich schafft über entsprechende Batteriespeicher: „Im Saarland versuchen wir mit dem LESSY-Projekt dahingehende Erfahrung zu sammeln. Wenn das erfolgreich ist, kann man das sicher auch in Luxemburg anwenden.“

Claude Turmes stellt fest, dass eine **großregionale Wirtschaftspolitik heute immer noch schwierig** sei. Dem stellt er seine Vision ist eine **Großregion als „Green Center of Excellence“** entgegen. In folgenden sechs Bereichen könne zusammengearbeitet werden: „Erstens müssten wir aufhören Material und Know-How für den Bau von Null- oder **Niedrigenergiehäuser** aus Holz aus dem fernen Ausland zu importieren und die Produktion in der Großregion ansiedeln. Dann wird es einen Architektur-Master an der Uni Luxemburg mit dem Schwerpunkt ‚**Fassaden-Engineering**‘ geben. Drittens: Wir sind hier in einer Industriegroßregion und es würde Sinn machen, gemeinsam **Prozessoptimierung** zu erforschen und zu finanzieren. Ein vierter Bereich ist die **Elektromobilität**: Glücklicherweise scheint das Statussymbol der unter 30-Jährigen weniger das eigene Autos zu sein, als der Besitz des neusten Smartphones. Diese kann man dazu nutzen, schnell und einfach Informationen über die Verfügbarkeit von Elektroautos im Rahmen von Car-Sharing-Programmen und von anderen öffentlichen Verkehrsmitteln zu bekommen. Eine fünfte Idee könnte man bei Ferrero klauen: Das Unternehmen macht seine Marktforschung in Luxemburg, wegen der Nähe zu den ausländischen Märkten. Die Großregion wäre also auch ein idealer **Standort für die Forschung zur Soziologie und Psychologie nachhaltiger Verhaltensweisen**. Und schließlich haben wir noch den Bankplatz, der sich bei **grünen Finanzprodukten** viel stärker positionieren könnte.“

Zusammenarbeit könne auch bei Entscheidungen auf europäischer Ebene im Interesse der Großregion sein: „Die EU plant derzeit die **Trassen für riesige Gleichstromkabel**, die eine Verteilung des Stroms zwischen Produzenten und Abnehmern über große Distanzen ermöglichen sollen. Ein solches Kabel könnte durch die Großregion verlaufen, wenn wir uns gezielt dafür einsetzen. Um den Anteil der erneuerbaren Energien am Strommix in der Großregion zu **senken**, müsse mehr grüner Strom importiert werden: Luxemburg importiert heute 60 Prozent seines Stroms. Was spricht dagegen anstelle von Kohle- und Atomstrom,

Strom aus Erneuerbaren Energien zu importieren? Man müsste eine Studie machen, welches Potential die Großregion hat, um beispielsweise die **Überproduktion von Windenergie in Niedrigverbrauchszeiten zu speichern oder auch in der Industrie zu nutzen**.

Dieter Ewringmann wendet ein, dass die Projekte, die Claude Turmes nennt, einen **Quantensprung in der großregionalen Zusammenarbeit** voraussetzen. In Deutschland habe man Erfahrungen mit interkommunalen Kooperationen und wisse seither, dass solche Abstimmungsprozesse, die letztlich eine **Konkurrenz um Standorte** sind, nur funktionieren, wenn es gemeinsame Planung und/oder wenn es einen **Finanzausgleich** gebe. „Sie können die Entscheidung darüber, wo eine gemeinsame Forschungseinrichtung hinkommen soll, diskutieren. Umgesetzt wird sie nur, wenn eine daraus resultierende Körperschaftssteuer unter allen Beteiligten verteilt wird.“ Etwas anderes sei es, wenn gemeinsame Interessen auf europäischer Ebene verteidigt werden sollen. Die Gleichstromtrassen seien dafür ein gutes Beispiel, denn sie würden einen Vorteil für die ganze Region bringen.

Tom Eischen teilt bei der Wirtschaftspolitik Claude Turmes' Meinung, dass man sehr viel stärker auf eine „**Ökotechnologie**“ setzen müsse, wobei eine Zusammenarbeit in der Großregion möglich und sinnvoll sei. „Besonders im Gebäudesektor gibt es Chancen. Hier bereiten wir konkrete Pläne vor, beispielsweise um in Zukunft gemeinsam Passivhäuser herzustellen.“ Das Wirtschaftsministerium arbeite dafür einerseits Reglementierungen aus, damit die Sektoren sich vorbereiten: Handwerker und Betriebe müssen wissen, wie ein Passivhaus gebaut wird. Zweitens versuche das Ministerium durch Forschungsunterstützungen und Ausbildungsförderung Anreize zu schaffen. Ein Beispiel, dass auf unternehmerischer Ebene eine Zusammenarbeit in der Großregion funktioniere, sei das **Enovos-Projekt**, das von Wirtschaftsminister Jeannot Krecké angestoßen worden sei, „der den Luxemburger Stromsektor bewusst mit **einem regionalen und dadurch gewichtigeren Akteur** reorganisieren wollte“. Die Fusion von Cegedel, SOTEG und der früheren Saar Ferngas habe dazu geführt, dass in diesen Konzernen überregionaler gedacht werde als vorher. „Das ist kein einfacher Prozess, aber es ist möglich.“

Im Gegensatz zur unternehmerischen Ebene, gelinge **eine Zusammenarbeit in der Energiepolitik nicht immer so leicht**, vor allem wenn es um die **Harmonisierung von Gesetzen** ginge: „Die Energiepolitik ist sehr stark von der europäischen Ebene beeinflusst. **Europäische Richtlinien werden in den Mitgliedstaaten aber sehr unterschiedlich umgesetzt und meistens von den Regierungen in der Hauptstadt: Das Saarland, die Lorraine und die belgische Seite sind von deren Entscheidungen abhängig**.“ Tom Eischen veranschaulicht das Problem mit einem Beispiel aus dem Strom- und Gassektor: „Wenn wir in Luxemburg über internationale Transportleitungen nachdenken, dann müssen wir uns an die Netzbetreiber wenden, und diese sind in viel größeren Räumen organisiert, als die Großregion. Die zweiten Ansprechpartner sind dann die für deren Regulierung zuständigen, nationalen Regierungen. **In der Praxis führen unsere Wege also immer über die Großregion hinaus**.“ Bei den erneuerbaren Energien sei es ähnlich: „Die europäische Richtlinie sieht jeweils nationale Ziele vor, auch die Fördermechanismen werden jeweils national bestimmt und fallen dementsprechend vielfältig aus. **Kann ein luxemburgisches Parlament das deutsche Einspeisungsgesetz übernehmen?** Und was machen wir, wenn die Deutschen das Gesetz wieder ändern?“ Das Annähern der Reglementierung in diesen Bereichen sei also sehr schwierig in der Großregion, so Tom Eischen.